



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 186. Ratssitzung vom 2. März 2022

5007. 2020/554

**Postulat von Nicole Giger (SP) und Helen Glaser (SP) vom 02.12.2020:
Sammelkredit für die Unterstützung von lokalen Zürcher Netzwerken und Akteur-
Plattformen, die im Bereich «Nachhaltigkeit, nachhaltiger Konsum und nachhal-
tige Ernährung» aktiv sind**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Nicole Giger (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3290/2020): Mit diesem Postulat fordern wir den Stadtrat auf zu prüfen, wie ein Sammelkredit über 1 Million Franken zur Unterstützung lokaler Zürcher Netzwerk- und Akteurplattformen, die im Bereich Nachhaltigkeit aktiv sind, geschaffen werden kann. Konkret könnte es sich um Plattformen handeln, die sich gegen Fast Fashion oder für nachhaltige Nahrung einsetzen. Der Sammelkredit soll dazu dienen, die unterstützten Netzwerke und Plattformen zu fördern, ihre wichtige Arbeit sichtbar zu machen und zu unterstützen. Wiederkehrende Kosten wie Mieten sollen übernommen werden. Damit Kontinuität gewährleistet werden kann, soll der Kredit alle vier Jahre erneuert werden. So ist eine langfristige Entwicklung möglich. Nachhaltigkeit ist ein wichtiges Thema in der heutigen Zeit. Gerade die nachhaltige Ernährung ist ein wichtiger Pfeiler auf dem Weg zu Netto-Null. Ohne sie geht es nicht. Eine Stadt, die sich nachhaltig entwickeln will, braucht Instrumente, um «Bottom-Up-Initiativen» zu stärken. Dazu gehört beispielsweise die Nutzung von Akteurplattformen in zentralen Handlungsfeldern. Selbstverständlich soll die Unterstützung im Rahmen einer Leistungsvereinbarung geschehen. Der Kanton und die Gemeinden sind laut Verfassung in der Verantwortung, den kommenden Generationen eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Dies ist auch in der Bundesverfassung verankert. Im «Aktionsplan 2016–2019 zur Strategie einer nachhaltigen Entwicklung» beschreibt der Bundesrat neun besonders wichtige thematische Handlungsfelder. Im Handlungsfeld «Konsum und Produktion» strebt der Bund an, die Konsumierenden für die ökologischen und sozialen Auswirkungen ihres Konsums zu sensibilisieren. Die besagten Plattformen werden dabei eine wichtige Rolle spielen. Dass Bemühungen im Bereich des nachhaltigen Konsums als «nice-to-have» angesehen werden, darf nicht sein. Denn die Ernährung ist für einen Drittel der Umweltbelastung und 20 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Sie belastet die Umwelt noch mehr als das Wohnen oder die Mobilität, deswegen müssen wir das Thema dringlich behandeln. Die Stadt Zürich muss einen konstruktiven Dialog zum Lebensstil, konkret zu Konsum und Ernährung, ermöglichen. Es geht um die Befähigung zu einem nachhaltigen Konsumverhalten. Mit diesem Vorstoss soll sich die Stadt Zürich ein Instrument schaffen, um im Bereich der nachhaltigen Entwicklung Netzwerke und Akteure fördern zu können. Der Bedarf dafür ist definitiv da. Dass solche Netzwerke und Akteure einen wichtigen Beitrag leisten können, zeigt auch eine Studie, die von der Energieforschung der Stadt Zürich beauftragt wurde. Auch der



Umwelt- und Gesundheitsschutz (UGZ) hat im Rahmen der letzten Budgetdebatte geschrieben, dass eine Beschleunigung der Umsetzung von Netto-Null möglich ist. Dazu sind personelle und kommunikative Ressourcen und eine weitere Sensibilisierung im Bereich Ernährung und Klimaschutz nötig. Netzwerke und Akteurplattformen können genau das schaffen. Wenn konkrete Lösungsansätze im Bereich der Nachhaltigkeit an Schlagkraft gewinnen sollen, dann braucht es finanzielle Mittel, um die nötige Professionalität von Organisationen zu ermöglichen. Dazu ist der Sammelkredit gedacht.

Përparim Avdili (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 6. Januar 2021 gestellten Ablehnungsantrag: *Es ist ein tolles Thema, das hier aufgegriffen wird. Dass ein nachhaltiges Gesamtverhalten im Sinne unserer Ressourcen ist, sehe ich auch. Die Umsetzung sehe ich aber anders. Das Postulat geht davon aus, dass die Menschen ein grosses Interesse daran haben, sich nachhaltig zu verhalten, dass dafür aber kein Markt besteht. Interessant ist, dass das Postulat auf die Klimajugend hinweist, um die Forderungen zu unterstreichen. Das erstaunt mich. Die Klimajugend hat schliesslich auch das CO₂-Gesetz wegen hoher Kosten mehrheitlich abgelehnt. Wenn es darum geht, Massnahmen zur Erreichung von Netto-Null 2040 zu priorisieren, indem man den Ausstoss besser und messbar ausweisen kann, dann lehnt die Ratsmehrheit ab. Deswegen stellt sich die ernsthafte Frage, was dieses Postulat bezwecken soll. Ich bezweifle, dass der Sammelkredit eine effektive Wirkung erzielt, die nicht sowieso kommen würde. Wir als Liberale trauen den Konsumierenden zu, sich bewusster zu verhalten, auch ohne Hilfe des Staats. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen der jüngsten Zeit bestätigen dies. In der Diskussion um die Nachhaltigkeit wird oft völlig vergessen, dass auch Wirtschaftlichkeit nachhaltig sein muss. So hätten wir die Diskussion auch über eine andere Unterstützungsform führen können, beispielsweise über eine Anschubfinanzierung. Die Bereitschaft dazu war aber nicht da. Wiederkehrende Kosten gehen zu weit. Warum ein Projekt, dass sowohl auf Anbieter- als auch auf Konsumentenseite nachgefragt ist, langfristig gefördert werden soll, erschliesst sich mir nicht. Denn offenbar gibt es einen Markt für diese Angebote, der letztlich verzerrt werden würde. Möglich wäre beispielsweise, stattdessen nachhaltige Entwicklung in bestehenden staatlichen Strukturen zu fördern. Letztlich müssen Menschen durch Anreize motiviert werden, und nicht durch Diktate. Es handelt sich bei dieser Vorlage um eine planwirtschaftliche Forderung, die keine konkreten Umsetzungsvorschläge beinhaltet.*

Weitere Wortmeldungen:

Walter Anken (SVP): *Die SVP lehnt dieses Postulat natürlich ab. Es soll ein Kredit geschaffen werden, der automatisch alle vier Jahre erneuert wird, ohne dass der Gemeinderat dies bestätigen oder ablehnen kann. Damit sollen sogenannten Akteurplattformen gefördert werden, die sich im Bereich der Nachhaltigkeit – ich kann das Wort bald nicht mehr hören – engagieren. Begründet wird der Kredit mit Nachhaltigkeit und Knappheit von Ressourcen, mit fehlenden Gärten in der Stadt und fehlender Deklaration von Produktherkünften. Die Suche nach nachhaltigen Produkten sei «auslaugend», das ist ein Zitat. Der Kredit soll Schlagkraft hin zu einem nachhaltigen Wandel bedeuten. Das Sammelsurium an Dingen, die gefördert werden sollen, hinterlässt den Eindruck, dass auch die Postulantinnen nicht genau wissen, was sie fördern wollen. Es ist ein automatisch*



3 / 3

wiederkehrender Kredit ohne das klar ist, was genau gefordert wird. Dabei hat uns der Staat nicht zu sagen, was wir einkaufen und wie wir uns ernähren sollen. Einmal mehr sollen hier Veranstaltungen zu Klima und Ernährung finanziert werden. Nur weil es mühsam ist, Geld für nachhaltige Projekte zu beschaffen, kann es nicht sein, dass einfach der Steuerzahler herhalten muss. Der mündige Bürger ist fähig, sich über Produkte zu informieren und kann entsprechend nachhaltig leben. Wenn eine Nachfrage vorhanden ist, werden Unternehmer auch entsprechend finanzieren. Immer mehr Lebensmittelproduzenten achten darauf, dass der biologisch produzierte Anteil steigt. Die fehlenden Deklarationen in den Läden werden mit diesem Postulat nicht gelöst.

Martina Novak (GLP): Vom Geist her unterstützt die GLP dieses Postulat. Es zielt darauf ab, die Prinzipien der Kreislaufwirtschaft voranzutreiben, die ein wichtiger Bestandteil zur Erreichung der Klimaziele sind. Dass Netzwerke und Plattformen, die Sensibilisierungs- und Informationsarbeit leisten, essenziell sind, ist aus unserer Sicht unbestritten. Allerdings finden wir, dass es nicht die Aufgabe der Stadt ist, den Betrieb und den Unterhalt solcher Plattformen und Netzwerke längerfristig zu finanzieren. Sehr wohl kann es aber Sinn machen, gezielt Anschubfinanzierungen zu leisten, damit sich Projekte im Bereich des nachhaltigen Konsums schneller durchsetzen können. Deshalb schlagen wir folgende Textänderung für den ersten Satz vor: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie eine nicht-wiederkehrende, zeitlich begrenzte finanzielle Unterstützung von lokalen Zürcher Netzwerken und Akteurplattformen, die im Bereich Nachhaltigkeit, nachhaltiger Konsum, nachhaltiger Ernährung oder auf einem ähnlichen Gebiet aktiv sind, aussehen kann». Zudem würden wir vorschlagen, den letzten Satz zu streichen und zu ersetzen durch: «Dabei sollen massgebend Projekte unterstützt werden.»

Nicole Giger (SP): Wir nehmen diese Textänderung nicht an. Es geht uns genau darum, dass Energie in die Arbeit für die Sache fliessen kann, statt immer wieder in die neue Geldbeschaffung. Denn in solchen Netzwerken werden oft Dienstleistungen geboten, die nicht in dem Sinne auf einem Markt nachgefragt werden. Es handelt sich meist um ehrenamtliche Arbeit, weshalb die Textänderung nicht darauf zielt, was wir wollen.

Das Postulat wird mit 64 gegen 54 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat